

Christentum und Arbeiterkampf.

In dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse hat sich das Christentum als der zähste Widerstand erwiesen; die christlichen Volksschichten haben bisher unsern Vordringen die meisten Hemmnisse entgegengeleitet. Christliche Sonderbündelei hat die notwendige Einheit im gewerkschaftlichen Kampfe von Anfang an gestört und nur zu oft treten die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecher auf.

Soll man den Pfaffen und Zentrumsautoren glauben, so liegt diese Ursache klar auf der Hand. Sozialismus und Religion, sagen sie, stehen zueinander wie Feuer und Wasser; sie sind unübersteigbare Gegensätze, und ein gläubiger Christ muß daher die sozialistische Bewegung aufs schärfste bekämpfen. Das klingt nun sehr schön und wird von der frommen Herde wohl auch anstandslos geglaubt; aber ihre eigene Praxis zeigt, daß hier bloß ein Vorwand ein Argument, und nicht die wirkliche Ursache vorliegt.

Die angebliche Ursache des Gegensatzes zwischen Religion und Sozialismus ist also nur ein Vorwand; aber sie ist außerdem nicht einmal richtig. Denn für das Ziel des politischen Kampfes gilt dasselbe, wie für das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes. Er will nichts anderes, als eine materielle Umgestaltung der Lebensverhältnisse, Aufhebung aller Not, Sicherstellung des Lebensunterhaltes, Beseitigung der maßlosen Verschwendung menschlicher Arbeitskraft durch eine bessere Regelung der Arbeit.

Nun wird dagegen von den Zentrumsagitatoren eingesetzt, daß doch die Theorie des Sozialismus, der historische Materialismus, der christlichen Lehre direkt zuwiderläuft und diese Theorie die Arbeiter vom Christentum abspenstig macht, ja, daß sogar nach den marxistischen Theoretikern die Religion hinter dem Sozialismus völlig verschwinden wird. Gewiß, wir sind der Meinung — das ist eben unser Materialismus —, daß alle Anschauungen der Menschen, auch die religiösen, aus ihren materiellen Lebensverhältnissen entspringen.

Die Einwände der Christen gegen den Sozialismus sind also völlig unberechtigt, und ihre feindselige Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung muß danach unverständlich erscheinen. Das befragt aber nur, daß die wirkliche Ursache irgendwo anders liegen muß. Sie liegt darin, daß die Religion nicht bloß eine abstrakte Anschauung über das Uebernatürliche, ein Glauben ist, sondern zugleich als eine gesellschaftliche Organisation, als Kirche auftritt.

Die Kirchen sind historisch entstandene Organisationen, worin diejenigen, die — sei es durch Wohnort, durch Abstammung oder als Klasse — zusammengehörten und gemeinsame Interessen hatten, zusammengefaßt wurden. Wie jede Organisation, boten auch sie dem einzelnen Schutz, Hilfe, moralischen Halt, Kraft, wofür dieser die Pflicht der Treue und der Solidarität empfand und durch ein starkes Gefühl der Gemeinsamkeit festgehalten wurde.

Aber die ägende Lauge der gesellschaftlichen Entwicklung hat die alten Organisationen innerlich zerfressen und aufgelöst. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist längst dahin, der ideale Ausdruck der Gemeinsamkeit, das religiöse Glaubensbekenntnis, ist zur leeren Formel geworden; neue Klassengegenstände haben sich innerhalb der Glaubensgemeinschaft entwickelt. In jeder Kirche befinden sich jetzt Kapitalisten, Bauern und Proletarier nebeneinander. Die Kirche kann nicht entgegengesetzte Interessen zugleich wahrnehmen; sie tritt in den Dienst der einen Klasse gegen die andre und fast ausnahmslos tritt sie für die Kapitalisten gegen die Arbeiter ein.

Daraus ergibt sich sofort — was die Arbeiterklasse auch instinktiv fast immer befolgt hat —, daß hier mit Disputationen über die Religion nichts zu gewinnen ist. Die Praxis der Arbeiterbewegung, die den Klassenkampf führt, Mut, Zuversicht und Stolz in den Proletarierherzen weckt, zieht durch ihre Erfolge immer mehr christliche Arbeiter zu uns herüber. Die Praxis der Kirche, die sich immer auf die Seite der Unterdrückten stellt, öffnet ihnen, wenn auch langsam, doch endlich die Augen und zeigt ihnen, daß die Kirche für sie eine falsche, feindselige Organisation ist, die sie schädigt und ihr Vertrauen betrügt.

Die bürgerliche Presse über Tripolis.

Wir geben im folgenden die Stimmen einiger bürgerlicher Zeitungen wieder, besonders rechtsstehender Blätter. Aber selbst sie, die ihrer politischen Gesamtschauung nach Anhänger einer brutalen Gewaltpolitik sind, müssen zugeben, was wir unsererseits im gestrigen Leitartikel ebenfalls aussprachen, daß die Art, wie der räuberische Einfall Italiens vor sich geht, ein Skandal ersten Ranges ist.

Tägliche Rundschau:

Unter allen Umständen besteht nunmehr eine sehr ernste Lage. Die Türkei war zu größtmöglichen Zugeständnissen bereit. Diese Tatsache hat selbst der italienische Minister des Auswärtigen, Marchese d' San Giuliano in seiner Erklärung zugegeben, wenn er auch behauptet, daß es jetzt zu spät gewesen sei. Ob Italien wirklich alle diplomatischen Möglichkeiten erschöpft hatte, es sei sein Ultimatum gestellt, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls wird es sich aber nicht verheißt haben, daß die von ihm mit so ungestüher Kraft betriebene Tripolisangelegenheit sich sehr leicht zu einer allgemeinen Orientkrisis, ja selbst zu einem europäischen oder Weltkriege auswachsen kann.

Rölnische Volkszeitung:

Italien will, wie der Minister es mit klaren Worten sagt, einfach nicht mehr verhandeln. Gründe dafür, die sich geltend gibt er nicht an; im Gegenteil muß er selbst eingestehen, daß die türkische Regierung zu Verhandlungen bereit ist mit einem Ziele, welches allein gebilligt werden kann: nämlich dem Ziele vollständiger Freiheit, aber doch nicht prinzipieller wirtschaftlicher Zügeligkeit der Italiener in Tripolis. Italien hat somit den Weg freundschaftlicher Verhandlungen verlassen und sich auf den Weg der Gewaltmaßnahmen begeben.

nehmen, daß die angeordneten militärischen Maßnahmen auf Tripolis und Cyrenaita, welche bekanntlich schon längst vorbereitet waren, zur Tatsache geworden sind. Daß Italien den Weg der Feindseligkeiten gegen die Türkei betreten hat, wird jene offiziellen Kreise sehr unangenehm überraschen, die am Donnerstagnachmittag noch nicht das mindeste, sogar von dem Ultimatum wußten. Es muß hierbei auf das Verhalten Frankreichs hingewiesen werden, welches über jede, auch die unbedeutendste Phase der Marokkoverhandlungen seinen Verbündeten, Rußland, und seinen Freund, England, auf dem laufenden hielt. Italien hat mit Bezug auf einen Schritt, der die orientalische Frage in verhängnisvoller Weise aufzurollen droht, seinen beiden Verbündeten gegenüber offenbar vollständiges Schweigen beobachtet. Darüber wird wohl noch mehr als ein Wort zu reden sein.

Die Post schreibt:

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, dürften die Landungsabteilungen der italienischen Kriegsschiffe bereits den Strand von Tripolis betreten haben. Die italienische Regierung hat jetzt die Note veröffentlicht, die der Minister des Auswärtigen in der Nacht vom 20. auf den 27. September an den italienischen Geschäftsträger in Konstantinopel zur Übermittlung an die türkische Regierung gerichtet hat. Das Schriftstück, das wir im folgenden veröffentlichen, teilt der türkischen Regierung mit, daß die italienische Regierung entschlossen ist, Tripolis und die Cyrenaita zu besetzen. Es wird nicht einmal der türkischen Regierung die Möglichkeit geboten, durch irgendwelches Entgegenkommen die Besetzung abzuwenden. Mag die türkische Regierung also tun, was sie will, an der Besetzung von Tripolis und der Cyrenaita ist nichts mehr zu ändern.

Was die Note im übrigen veröffentlicht, ist nicht wert, ernsthaft untersucht zu werden. Die italienische Regierung hat nach Vorwänden gesucht, aber nur recht wenige gefunden. All die Klagen, die in der Note aufgeführt wurden, sind unbegründet und früher niemals der Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Wenn die italienische Regierung angibt, daß auch für die Fremden jeder Nationalität eine große Gefahr bestehe, so schämen wir diese Gefahr ebenso gering einzuschätzen, wie die, die angeblich die Europäer in Bes bedrohte, ehe Frankreich es besetzte.

Die Deutsche Tages-Zeitung:

Jezt weiß man auch, daß die modernen Habler, als sie die letzten Verhandlungen mit der Pforte beendeten, von Anfang an nur nach dem Krieg in der Mantelkappe hielten. Denn wie man sich auch zu der Möglichkeit stellen mag, daß die türkischen Diplomaten die italienische Gebuld vielleicht auf eine harte Probe gestellt habe — ein derartiges Ultimatum ist doch seit den Notizen des ersten Napoleon unter europäischen Mächten nicht mehr dagewesen! Aus ihm geht klar hervor, daß die Pforte auf die vorzige Note Italiens eine Antwort gegeben hat, die unter allen Umständen zunächst als formell befriedigend betrachtet werden mußte. Mißtraute Italien dem realen Wert dieser formellen Antwort, so mußte es seine Forderungen nach wirtschaftlichen Wünschen klipp und klar formulieren; diese Forderungen konnte es dann in die Form eines Ultimatum kleiden. Statt dessen aber stellt es eine militärisch-politische Forderung, die nicht nur die Würde und Souveränität der Pforte auf das schmerfste und absichtliche verletzt, sondern unter Staaten, die auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, überhaupt undenkbar ist. Es begründet diese Forderung, um die schwere Beleidigung des Gegners noch offensichtlicher zu machen, überdies mit der Erklärung, daß es jede noch so feierliche Zusage von seiner Seite einfach für wertlos halte. Damit schneidet es ihm jedes Entgegenkommen, das mit der türkischen Selbstachtung vereinbar wäre, ausdrücklich ab.

Und um diesem Verfahren die Krone aufzusetzen, wird diese beleidigende Note veröffentlicht! Die Veröffentlichung eines diplomatischen Notenswechsels in einer gespannten Situation bedeutet selbst dann eine gewisse Verschärfung der Lage, wenn in den Notizen an sich die sachliche und formelle Korrektheit voll gewahrt ist. Die Veröffentlichung dieser Note aber, gegen die die Kaiser Depesche noch hundertmal eine höfliche Chamade war, liegt außerhalb jeder diplomatischen Terminologie. Nach menschlichem Ermessen könnte die Antwort der Türkei nur der Krieg sein.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Die preußischen Offiziere sollte der Redakteur der Bergischen Arbeiterstimme, Genosse Wilhelm Dittmann in Solingen, durch eine Theaterkritik in seinem Blatte beleidigt haben. Das Landgericht Elberfeld hat ihn aber am 14. Februar freigesprochen. Am 23. Oktober v. J. wurde in Solingen ein Theaterstück „Gewehr ab!“ aufgeführt. Darin tritt ein Offizier auf, der eine reiche Frau geheiratet hat und, als er in Vermögensverfall gerät, es vorzieht, sich das Leben zu nehmen, statt durch Bureauarbeit den Lebensunterhalt zu erwerben. Der Feuilleton-Redakteur schrieb hierüber eine Rezension, in der von dem „entnernten und verklumpten Geiste des Militarismus“ die Rede war. Der preußische Kriegsminister stellte darauf gegen den verantwortlichen Redakteur Dittmann Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere der deutschen Armee. Das Landgericht hat sich aber von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen können. D. hat gar nicht gewußt, daß sein Kollege das Theater besucht hatte und daß dieser die Theaterbesprechung in Druck gegeben hatte. Allerdings hatte D. die fertige Nummer vor dem Druck in den Kolumnen durchgesehen, aber da er keine Ahnung hatte, daß in einer Lokalnotiz über das Theater sich ein gefährlicher Satz befinden könne, so hatte er es unterlassen, gerade diese Notiz durchzulesen und seine Aufmerksamkeit besonders auf den politischen Teil gerichtet. — Die Revision des Staatsanwalts, der Verurteilung des § 20 des Preßgesetzes rügte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Das Märtyrergab in Warschau. Vom Landgericht Ludwig (Oberchl.) ist am 11. März der Redakteur Lewyich Filla in Kattowiz nach § 130 des Strafgesetzbuchs zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in den beiden in Kattowiz erscheinenden polnischen Blättern Polak und Kurjer Slaski im November v. J. Artikel hatte erscheinen lassen, in denen er, wie die Anklage behauptet, „großpolnische Propaganda“ machte. Filla ist, wie im Urteil erwähnt wird, früher Grubenarbeiter gewesen, während er jetzt Chefredakteur der beiden genannten Blätter ist. In den beiden Artikeln, die er